

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr**  
**Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik**  
**Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik**  
**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Präsident des NÖ Landtages  
Ing. Johann Penz  
Landtagspräsident

**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**

**Eing.: 11.04.2014**

**zu Ltg.-43/V-1/2-2013**

**Ausschuss**

Beilagen  
RU2-A-47/054-2013      **3 Beilagen**  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.ru2@noel.gv.at](mailto:post.ru2@noel.gv.at) - Telefax 02742/9005/14170  
Internet: <http://www.noel.gv.at>      DVR: 0059986  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
RU2-A-47/054-2013; LAD1-IP-E-2000/033-2013; Ltg.-43/V-1/2-2013	Dipl.-Ing. Ilse Wollansky	14783		1. April 2014

Betrifft  
Vereinfachung des EU-Abwicklungssystems in der Periode 2014-2020;  
Resolution des NÖ Landtages vom 19. Juni 2013, Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 19. Juni 2013, Ltg.-43/V-1/2-2013, hat die NÖ Landesregierung die Bundesregierung aufgefordert, die gemeinsamen Schritte zur administrativen Vereinfachung der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanzierten EU-Programme (Regionalprogramme, Europäische Territoriale Zusammenarbeit) gemeinsam mit den Ländern unverzüglich fortzusetzen und für eine entsprechende Umsetzung zu sorgen.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 21. August 2013 wurde an das Bundeskanzleramt von der zuständigen Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Barbara Schwarz ein Schreiben (siehe Beilage 1) gerichtet.

In Folge sind zwei Antwortschreiben bei Frau Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Barbara Schwarz eingegangen, die an dieser Stelle kurz zusammengefasst werden:

In seinem Antwortschreiben vom 17. September 2013 (siehe Beilage 2) informiert das Bundeskanzleramt (Ministerratsdienst) über die Vorlage der Resolution beim Ministerrat (Sitzung am 21. August 2013) und die Weiterleitung an die zuständige Stelle zur Stellungnahme.

Das Bundeskanzleramt teilt in seinem Antwortschreiben vom 28. Jänner 2014 (siehe Beilage 3) grundsätzlich die Anliegen des Landtages von Niederösterreich und berichtet über die gesetzten und geplanten Schritte. So hat sich das Bundeskanzleramt im Rahmen der Reform der Strukturfonds (Erstellung der Rechtstexte) für die Periode 2014 bis 2020 auf europäischer Ebene für Vereinfachungsschritte eingesetzt. Auf nationaler Ebene wurde die „EFRE-Reformagenda“ gemeinsam mit den Bundesländern erarbeitet, um die EU-Abwicklung zu straffen, zu harmonisieren und zu verbessern. Auch unterstützt das Bundeskanzleramt den Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 9. Juli 2013 zur Erarbeitung eines gemeinsamen EFRE-Regionalprogramms in Österreich und verweist darüber hinaus auf das Berichtswesen zur Umsetzung der verschiedenen Reformaktivitäten im Rahmen der bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz angesiedelten Stellvertreterkommission.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
M a g<sup>a</sup>. S c h w a r z  
Landesrätin